

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

Ressourcenüberprüfung beim Fedpol (Po. 23.4349)

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Lütolf, Lukas

Bevorzugte Zitierweise

Lütolf, Lukas 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Ressourcenüberprüfung beim Fedpol (Po. 23.4349), 2024*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 20.06.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Rechtsordnung	1
Polizei	1

Abkürzungsverzeichnis

FK-NR Finanzkommission des Nationalrats
Fedpol Bundesamt für Polizei

CdF-CN Commission des finances du Conseil national
Fedpol Office fédéral de la police

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Rechtsordnung

Polizei

POSTULAT
DATUM: 28.02.2024
LUKAS LÜTOLF

Mit einem im November 2023 eingereichten Postulat verlangte die FK-NR vom Bundesrat, die **Ressourcensituation des Fedpol einer externen Prüfung zu unterziehen**. Wie Kommissionssprecherin Aline Trede (gp, BE) im Plenum ausführte, werde seitens Bundesrat und Fedpol seit einiger Zeit kommuniziert, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen in Form von Ermittlerinnen und Ermittlern die erforderliche Ermittlungsarbeit für die Bundesanwaltschaft nicht zur Genüge geleistet werden könnte. Sowohl bei Fällen betreffend das internationale Völkerrecht und Geldwäscherei, aber besonders bei der Cyberkriminalität bestünde dringender Nachholbedarf. Mit der **Annahme** des Postulats soll der Bundesrat daher aufzeigen, wie man zu den benötigten Ermittlerinnen und Ermittlern käme und ob ein interner Umbau entsprechende Ressourcen freispielen könnte. Bundesrat Beat Jans empfahl im Namen der Regierung, den Vorstoss abzulehnen. Aus seiner Sicht habe das Fedpol in den vergangenen Jahren diverse Überprüfungen durchgeführt und Sparmassnahmen getroffen, welche die erneute Überprüfung einer Ressourcenumverteilung überflüssig machen würden. Zudem stehe die Regierung einer internen Umstrukturierung kritisch gegenüber, da bei einem Fokus auf die Ermittlungsarbeit weitere hoheitliche Aufgaben wie der Betrieb und die Entwicklung nationaler Informationssysteme zu kurz kommen würden. Eine Minderheit um Lars Guggisberg (svp, BE) folgte der Argumentation des Bundesrates und beantragte, das Postulat abzulehnen. Mit einer äusserst knappen Mehrheit von 92 zu 91 Stimmen bei 2 Enthaltungen nahm der **Nationalrat** das Postulat schliesslich an. Die hauchdünne Majorität kam dabei mit der grossmehrheitlich zustimmenden Mitte-Fraktion und den geschlossen stimmenden Fraktionen der SP, GP und GLP zustande.¹

1) AB NR, 2024, S. 128 f.